

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 2,50.

Inhalt:

Inhalt:	Seite	Seite
Die Monopolfrage in der Schwereisen- und Elektrizitätsindustrie. III.	81	
Wesensgebung und Verwaltung. Organisation der Frauenarbeit durch das Kriegsamt. — Von der sozialen Fürsorge in Belgien. — Die zweitmäßigste Organisation der Lebensmittelversorgung	83	
Kriegsfürsorge. Gute Beziehungen zwischen Stadt und Land		85
Arbeiterbewegung. Telegrammwechsel Compers — Belgien. — Aus den deutschen Gewerkschaften		87
Mitteilungen. Für die Verbandsexpeditionen		88

Die Monopolfrage in der Schwereisen- und Elektrizitätsindustrie.

III.

8. Lothringer Hüttenverein Aumetz-Friede in Aneuttingen.

Konzern Klöckner.

Der „Lothringer Hüttenverein Aumetz-Friede“ ist der Mittelpunkt des jüngsten, im Entstehen begriffenen Montankonzerns. Selbst schon ein großes Gemischtwerk, schloß es 1904 einen Pachtvertrag mit der Fentischer Hütten-A.-G. in Aneuttingen, Sitz Brüssel, sowie 1912 je eine Interessengemeinschaft mit dem aufs beste eingerichteten Saisoneisenwalzwerk Manstedt u. Cie. in Kalk bei Köln, das ein paar Jahre vorher bereits die „Sieg-Heinische Hüttenaktiengesellschaft“ in Troisdorf a. S. in sich aufgenommen hatte, sowie mit der „Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie A.-G.“ in Düsseldorf ab. Dadurch sichert sich Aumetz-Friede einen Abnehmer für seine Halbfabrikate und die beiden letzteren Werke ihren Rohstoffbedarf. Dem Abschluß der Interessengemeinschaft dürfte in ein paar Jahren die völlige Verschmelzung mit dem Hauptwerk folgen, wie das meist bei allen Interessengemeinschaften bisher der Fall war. Der in der Bildung begriffene neue Montankonzern steht unter dem Einfluß des Duisburger Großindustriellen Klöckner. Dieser besitzt auch maßgebenden Einfluß auf die Hasper Eisen- und Stahlwerk-A.-G. in Haspe, die 1913 mit einem Gesamtkapital von 23,5 Mill. Mk. arbeitete und allein 2404 Arbeiter beschäftigte.

Auch im Eisenerzbezug ist Aumetz-Friede aufs beste gesichert. Der neue Montankonzern hat, wie Deutsch-Luxemburg und Gelsenkirchen, seinen Stützpunkt sowohl im Ruhrrevier als auch in Lothringen, und kann sich mit allen Rohstoffen selbst versorgen. Die Produktion ist vom selbstgeförderten Erz bis zum versandfähigen Walzprodukt und zur gebrauchsfähigen Maschine eine vollkommen geschlossene. Alle technischen Errungenschaften sind aufs beste ausgenutzt und werden immer mehr vervoll-

kommenet. Die anderen Montanriesen haben mit diesem raschen Emporkömmling ernstlich zu rechnen. An ihm ist auch Gelsenkirchen finanziell interessiert, das für die Abtretung der Zeche „Victor“ an den Lothringer Hüttenverein Krüge im Werte von 28 Mill. Mark erhalten hat und damit etwa den vierten Teil des Grundkapitals von Aumetz-Friede besitzt. Es besaß 1913 bereits fünf eigene Erzgruben bzw. Konzeptionen mit einer Förderung von 2 330 571 Tonnen Erz, sowie $\frac{1}{2}$ Beteiligung an der Konzeption „Empell“ und zu vier Fünftel an der A.-G. Société anon. des Mines de Marville in Longwy. Das Aktienkapital dieser Unternehmung beträgt 13 Mill. Frank, wovon Aumetz-Friede 10,4 Mill. Fr. besitzt. Das gesamte werbende Kapital des Lothringer Hüttenvereins Aumetz-Friede und seiner mit ihm verbundenen Interessengemeinschafts-Werke, nebst dem ihm nahestehenden Hasper Werk betrug 1913/14:

Aumetz-Friede, Aneuttingen	122,8	Mill. Mk.
Mannstaedt, Düsseldorf	24,5	„
Düsseldorfer Drahtindustrie	7,1	„
Hasper Eisen- und Stahlwerk	23,5	„
Fentischer Hütten, Aneuttingen	9,1	„
$\frac{1}{2}$ Beteiligung am Erzbergwert Marville	8,5	„
	<u>195,5</u>	Mill. Mk.

Die Kohlenförderung betrug 1913/14 1 988 259, die Roheisenerzeugung mit der Produktion Mannstaedt, des Hasper Eisenwerkes und der Fentischer Hütte 982 340 Tonnen. Wie bedeutungsvoll für Aumetz-Friede z. B. der Abschluß der Interessengemeinschaft mit der Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie und Mannstaedt ist, geht daraus hervor, daß deren Umsatz an Walzprodukten 1912/13 allein 13 281 458 Mk. und 18 435 102 Mk. betrug. Der Umsatz des Hasper Eisen- und Stahlwerks betrug 1913/14 27 591 629 Mk., von Aumetz-Friede 103 435 275 Mk., der Umsatz des Klöckner-Konzerns somit 162 743 464 Mk.

9. Burbach-Eich-Dübelingen und Interessengemeinschaft mit Eschweiler Bergwerksverein.

Die größte und bedeutungsvollste Betriebs- und Kapitalkonzentration im Bergbau und der Schwereisenindustrie der letzten Jahre ist der 1913 erfolgte

Abschluß einer Interessengemeinschaft zwischen den Vereinigten Hüttenwerken Burbach-Eich-Düdelingen und dem Schweizer Bergwerksverein zu Schweizer-Pumpe. Bei dem Abschluß dieser Interessengemeinschaft, die den Aktionären des Schweizer Bergwerksvereins bis 1916 eine Dividende von 10 Proz., von da ab bis 1920 12 Proz., alsdann bis 1942 eine solche von 16 Proz. garantiert, handelt es sich um den Zusammenschluß zweier an sich schon außerordentlich großen und leistungsfähigen Werke. Mit einem Schlag tritt die Doppelunternehmung in die Reihe der großen Gemischtwerke Krupp, Deutsch-Luxemburg, Deutscher Kaiser, Phönix, Gelsenkirchen, Gute-Hoffnungs-Hütte ein, vermehrt die Zahl der ganz Großen, und stellt ihre Ansprüche bei der Quotenfestsetzung. Dem Rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikat ist der Schweizer Bergwerksverein nicht angeschlossen.

Burbach-Eich-Düdelingen ist, wie schon der Name sagt, aus der Vereinigung der Burbacher Hütte, dem Eisenhütten-A.-B. in Düdelingen und dem Eich-Hüttenverein Le Gallais-Meh u. Co. in Eich, Domeltingen und Eich hervorgegangen. Sie verfügte 1913/14 über ein gesamtwerbendes Kapital von 151,7 Mill. Mk., und beschäftigte auf ihren Werken nicht weniger als 14 086 Personen. Ihre Roheisenproduktion betrug 958 257 Tonnen. An sich eine durchaus leistungsfähige Unternehmung, litt sie nur unter dem Mangel eigener Kohlenruben. Dieser Mangel drängte zur Vereinigung mit einer Kohlen- oder Hüttenzeche, die sie im Schweizer Bergwerksverein fand.

Der Schweizer Bergwerksverein ist seinerseits nicht nur eine leistungsfähige Kohlenzeche, sondern er besaß vielmehr beim Abschluß der Interessengemeinschaft schon in hohem Maße den Charakter eines großen und leistungsfähigen Gemischtwerkes der Schwerindustrie. Durch den 1910 erfolgten Erwerb der ehemals Schweizer-Köln Eisenwerke A.-G. kam der Schweizer Bergwerksverein in den Besitz eines Stahl-, Walz- und Schweißwerkes, einer mechanischen Werkstätte, einer Brückenbauanstalt, eines Bleimälzwerkes, einer Verzinkerei und verschiedener anderer Weiterverarbeitungsbetriebe. Der Schweizer Bergwerksverein arbeitete 1913/14 mit einem gesamten werbenden Kapital von 65,3 Mill. Mark und beschäftigte in seinen Betrieben 15 844 Personen. Seine Kohlenförderung betrug 1913/14 3 309 142 Tonnen; seine Roheisenproduktion allerdings nur 50 178 Tonnen. In der starken Kohlenförderung, der geringen eigenen Roheisenherzeugung und dem starken Bedarf an Halbzeug für seine Weiterverarbeitungsstätten lag seine wirtschaftliche Schwäche, die zum Anschluß der Interessengemeinschaft mit Burbach-Eich-Düdelingen führte.

Der Schweizer Bergwerksverein ist an dem auf holländischem Gebiet gelegenen Steinkohlenbergwerk Société anonyme des Charbonages Réunis Laura et Vereeniging in Brüssel mit 2 Mill. Fr. = 1,6 Mill. Mk., an der Minettegewerkschaft Wollmeringen mit 2 052 706 Mark, an der Minettegewerkschaft Escheringen mit 470 250 Mk., an der Schweizer-Mattiger Maschinenbau A.-G. (Höhe unbekannt) beteiligt.

Das gesamte werbende Kapital der durch die Interessengemeinschaft verbundenen beiden Werke beträgt 1913/14 für:

Burbach-Eich-Düdelingen	151,7 Mill. Mk.
Schweizer Bergwerksverein	65,3 " "
Beteiligung an der Steinkohlenzeche in Holland	1,6 " "
Beteiligung an der Gewerkschaft Wollmeringen	2,05 " "
Beteiligung an der Gewerkschaft Escheringen	—,47 " "
	<hr/>
	221,12 Mill. Mk.

Die Arbeiterzahl beträgt für beide Unternehmungen 20 930; ihre Roheisenproduktion 1 008 436 Tonnen. Reicht letztere auch noch nicht an die des Stinnes- und Thyssen-Konzerns und an Phönix heran, so ist doch auch in Burbach-Eich-Düdelingen in Verbindung mit dem Schweizer Bergwerksverein ein neuer großer Mitbewerber um die Herrschaft auf dem Eisenmarkte entstanden.

Beide Werke verfügen über den für die Betriebe unentbehrlichen Kohlen- und Koks- sowie reichlichen Eisenerzbesitz, und sind mit ihren Weiterverarbeitungswerkstätten noch stark entwicklungsfähig.

10. Gute-Hoffnungs-Hütte.

Die Gute-Hoffnungs-Hütte in Oberhausen zählt zu den ältesten Hüttenunternehmungen des Ruhrreviers, 1908 ging aus der Vereinigung der Antonhütte zu Sterkrade, der Eisenhütte Heuhausen c. d. Gmscher in Oberhausen und der Gute-Hoffnungs-Hütte in Sterkrade die Firma Jacobi, Haniel u. Hulsen hervor, die 1873 in die A.-G. Gute-Hoffnungs-Hütte umgewandelt wurde. Ursprünglich ein reiner Eisenhüttenbetrieb ohne eigene Kohlenförderung, erkannte die Verwaltung gar bald die große Bedeutung eigener Kohlenzechen für den Hüttenbetrieb. Schon 1857 wurden auf der neuerschlossenen Zeche Oberhausen die ersten Steinkohlen gefördert und in der Folgezeit weitere Schachtanlagen gebaut und Konzessionen auf Steinkohlenfelder erworben. Die Gute-Hoffnungs-Hütte ist auch frühzeitig zur Angliederung von Weiterverarbeitungswerkstätten übergegangen. Bereits 1829 wurde von der Firma Jacobi, Haniel u. Hulsen ein Walzwerk errichtet, 1835 trat ein Puddelwerk hinzu, dem 1843 ein Schienen- und Stabeisenwalzwerk angegliedert wurde. 1872 wurde das neuerbaute Stahl- und Walzwerk in Oberhausen in Betrieb genommen. Dem Bau von Dampf-, Wasserhaltungs-, Förder-, Walzwerks- und Hüttenmaschinen schenkte man schon früher die größte Aufmerksamkeit. Durch die von ihr betriebene große Brückenbauanstalt, die allein acht große Brücken über den Rhein geliefert hat, ist die Gute-Hoffnungs-Hütte weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt geworden.

Die Gute-Hoffnungs-Hütte ist nach ihrer Entwicklungsgeschichte weniger durch die Angliederung bisher selbständiger Unternehmungen als vielmehr durch ältere Anlage und systematischen Ausbau das große Gemischtwerk von heute geworden. Nur im Jahre 1912 nahm die Gute-Hoffnungs-Hütte die Vereinigten Walz- und Röhrenwerke vorm. Voeder u. Co. in Gelsenkirchen in sich auf, auch erfolgte der Ankauf der Spateisen-grube Oranien-Nassau. Gemeinsam mit der Firma H. Müller u. Co. in Haag erwarb sie große Erzlager in Chile. Sie gründete ferner die Oberhausener Kohlen- und Eisen-

Name und Sitz der Gesellschaft bzw. Konzerns	Geschäftsjahr	Arbeiterzahl	Gesamtes werbendes Kapital Mill. Mk.	Kohlen-			Eisen und Stahl		
				Förderung	Verkaufs- beteiligung	Selbstver- brauchs- beteiligung	Roheisen- Erzeugung	Beteiligung am	
								ab 1. 10. 1916	Stahl- werks- verband 1914
Tonnen (1 Tonne = 20 Zentner)									
Deutsch-Luxemburg (Stinnes-Konzern)	1913/14	49 184	380,0	6 115 771	5 198 700	2 081 300	1 612 255	569 763	213 000 ¹⁾
Deutscher Kaiser mit Thyssen-Unternehmungen	1912/14	32 224	234,5	4 144 500	1 685 000	2 728 000	1 527 071	457 065	—
Phönix u. G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb, Hoerde	1913/14	42 060	157,6	5 167 905	4 028 920	2 473 400	1 237 799	460 454	64 000
Gelsenkirchener Bergwerks u. G., Gelsenkirchen	1913	55 394	305,1	10 353 050	12 138 508	2 085 000	1 581 070	375 504	277 483
Krupp u. G., Essen mit Zweigunternehmungen	1915	130 538	521,6 ²⁾	3 251 588 ³⁾	1 500 000	3 142 700	1 109 000 ⁴⁾	486 449	150 211
Rombacher Hüttenverein mit Interessengemeinschaften	1913	12 809	119,0	1 537 338	1 200 000	700 000	749 489	348 472	— ⁵⁾
Mannesmann mit Reich Elisabeth, Kump, Friede, Aneutlingen, Konzern Alsdorfer	1913/14	17 995	121,4	1 250 223	1 516 000	400 000	—	—	—
Burdach-Glück-Abelungen mit Interessengemeinschaften	1913/14	20 607	195,5	1 983 259	1 905 331	1 040 900	928 340	247 271	126 000
Gute-Hoffnungshütte, Oberhausen	1913/14	29 930	221,1	3 899 142	—	—	1 008 435	569 974	— ⁶⁾
Rheinische Stahlwerke, Duisburg-Weidrich	1913/14	30 982	92,5	3 843 711	2 972 600	1 635 200	814 074	281 561	141 197
Georgs-Marienhütte, Osnabrück	1912/13	11 467	64,5	1 122 239	244 000	1 110 200	595 198	271 410	36 000
Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation	1913/14	9 100	44,5	583 505	700 000	470 100	173 780	90 500	25 000
Gebrüder Stumm u. K. G. Dillinger Hüttenwerke	1913/14	16 015	64,7	1 794 430	851 500	792 400	320 000	205 503	—
Südwestfälische Eisenwerke u. G., Bephar	1913/14	16 457	68,2 ²⁾	918 086	620 000	900 000	510 047	262 868	— ⁶⁾
Eisen- und Stahlwerk Hoesch, Dortmund	1913	8 000	37,4	659 764	715 000	220 000	164 047	104 009	105 000
Marginalhütte, Solenheim	1913/14	10 478	63,9	1 482 052	820 000	905 400	528 118	170 990	—
Kraftwerk Stolzenhagen bei Steittin	1913/14	?	38,9	152 387	—	—	251 360	177 494	—
Reinigte Königs- und Laurahütte	1913	2 808	25,5	—	—	—	447 655	—	320 000
Oberhessische Eisenbahnbedarfs u. G.	1913/14	25 718	65,9	3 711 664	?	?	251 209	94 600	—
	1913	12 329	72,6	813 543	?	—	229 250	—	—
Zusammen		634 475	2 844,4	52 229 162	36 090 559	20 629 600	14 029 222	5 173 917	

¹⁾ Mit Einschluß der sichtbaren Kapitalien der von den Konzernen kontrollierten Unternehmungen. ²⁾ Mit Hohenzollernhütte Embden. ³⁾ Davon 99 Millionen Mark noch nicht eingezahlt. ⁴⁾ Einschließlich der Hälfte der Förderung von „Emscher Lippe“. ⁵⁾ Nur Erzeugung auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte, die Erzeugung auf den übrigen Hütten ist nicht angegeben. ⁶⁾ Mit den Lotharinger und Luxemburger Hüttenwerten ist ein Verkaufsabkommen geschlossen worden. ⁷⁾ Von der Gebr. Stumm u. K. m. b. H. ist nur das Stammkapital von 21,8 Millionen eingezahlt, das gesamte werbende Kapital beträgt mindestens das Doppelte. ⁸⁾ Beteiligt an der oberhessischen Kohlenverkaufsvereinigung.

Handelsgesellschaft und sicherte sich maßgebenden Einfluß auf die Vereinigten Franzfurter Hüttereien G. m. b. H. in Duisburg, deren Schleppeisen den Kohlenverkehr von der Ruhr nach den oberrheinischen Häfen besorgen. Bedeutende Neubauten sind von ihr auf dem erst vor wenigen Jahren erworbenen umfangreichen Gelände in der Gemeinde Monhofen bei Driedenhausen in Angriff genommen. Dort wird ein großes Hüttenwerk gebaut. Damit verschiebt sich das Schwergewicht der Roheisenerzeugung immer mehr nach dem Rheingebiet in Lothringen und Luxemburg. An den reichen Fundstätten der Erze wird das Eisen gewonnen, das im Verein mit der im Ruhrrevier geförderten Kohle das Fundament des deutschen Wirtschaftslebens bildet.

Mit einer Roheisenerzeugung von 814 000 Tonnen 1913/14 steht die Gute-Hoffnungshütte zurzeit an achter Stelle. Sie dürfte aber bald Deutsch-Luxemburg, Phönix, Gelsenkirchen und Krupp eingeholt haben. Ihre Produktion hat sich im letzten Jahrzehnt außerordentlich gesteigert. 1904/05 betrug der Wert ihrer Produktion 57 107 000 Mk. und 1913/14 bereits 137 861 411 Mk. Das gesamte werbende Kapital der Gute-Hoffnungshütte beträgt 1913/14 92 575 000 Mk., die Arbeiterzahl 30 982.

Für die zwanzig untersuchten Werke ergibt sich die Betriebs- und Kapitalkonzentration aus obiger Tabelle. Bezüglich der Beteiligung der einzelnen Gesellschaften am Stahlwerksverband wird zwecks besserem Verständnis vorausgemerkt, daß sich dieselbe seit 1912 nur noch auf die sogenannten A-Produkte bezieht. Unter A-Produkte fallen Halbzeug, Eisenbahnoberbaumaterial, Formeisen. Unter die der

Syndizierung nicht mehr unterliegenden B-Produkte fallen Stabeisen, Walzdraht, Bleche, Röhren, Guß-, Preß- und Schmiedestücke.

(Schluß folgt.)

Gesetzgebung und Verwaltung.

Organisation der Frauenarbeit durch das Kriegsamt.

Der neuesten Nummer des „Kriegsamts“ entnehmen wir:

Im Rahmen der für die Frauenarbeit innerhalb des Kriegsamts geschaffenen besonderen Organisation ist jetzt unter Leitung von Fräulein Dr. Marie Elisabeth Lüders eine Frauenarbeitszentrale beim Kriegsamt gegründet worden. Bei jeder Kriegsamtstelle wurden Frauenarbeitshauptstellen unter Leitung besonderer Referentinnen errichtet. Nach Bedarf sollen Frauenarbeitsnebenstellen geschaffen werden. Die unerläßliche Zusammenarbeit mit allen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge bisher schon tätigen Organisationen ist durch die Bildung des „Nationalen Ausschusses für Frauenarbeit im Kriege“, der in diesen Tagen zum ersten Male zusammentrat, gesichert worden. Unter dem Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin haben sich auf Aufforderung des Kriegsamts eine Reihe anderer Organisationen zusammengeschlossen, und sich mit ihrem Beitritt zum „Nationalen Ausschuss für Frauenarbeit“ dem Kriegsamt zur rüchhaltigen Mitarbeit bei den auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge für die arbeitenden

Frauen zu lösenden Aufgaben zur Verfügung gestellt. Bei der Frauenarbeitszentrale werden sachverständige Mitglieder dieses Vereins für die einzelnen Aufgaben jeweils zur Beratung und zu tätiger Mitarbeit nach Bedarf herangezogen werden. Die Provinzialorganisationen werden in gleicher Weise den Frauenarbeitsstellen bei den Kriegsamtstellen zur Verfügung stehen.

Der folgende Arbeitsplan ist vom Kriegsamt in Gestalt allgemeiner Richtlinien für die Tätigkeit der Frauenarbeitszentrale und ihrer Unterorgane aufgestellt worden:

1. Die Frauenarbeitszentrale hat die Aufgabe, mit dem Ziele höchster Produktionssteigerung alle die Maßnahmen in die Wege zu leiten, die die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der weiblichen Arbeitskräfte jeder Art fördern.

2. Die Frauenarbeitszentrale hat deshalb darauf hinzuwirken, daß alle Arbeitshemmnisse für die Frauen nach Möglichkeit beseitigt werden. Das bedingt: a) Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit. b) Bereitstellung geeigneter Erholungsräume, Wohn- und Schlafgelegenheiten. c) Beschaffung angemessener Berufskleidung. d) Verbesserung der Beförderungsverhältnisse und Verkehrsmittel. e) Verbesserung der Organisation der Nahrungsmittelbeschaffung und Verteilung für die Frauen.

3. Neben der Fürsorge für die Erhöhung der persönlichen Arbeitsfähigkeit der Frauen muß die Frauenarbeitszentrale Einrichtungen treffen, die dem Wohle der zu den Frauen gehörenden Familienmitglieder dienen und dazu beitragen, die Arbeitswilligkeit zu erhöhen: Ausgestaltung von Pflegestellen, Krippen, Bewahranstalten, Kindergärten, Horten, Stillstuben, Mütter-, Säuglings-, Kleinkinderberatungsstellen usw.; Einstellung von Haus-, Gemeinde-, Landpflegerinnen, Kreisfürsorgerinnen usw.

4. Zur Durchführung und Sicherstellung der gekennzeichneten Aufgaben wird die Vermehrung der in der Gewerbe- und Wohnungsaufsicht sowie in der Fabrikfürsorge tätigen weiblichen Beamten nötig sein. Da die Zeit zur Ausbildung dieser Beamtinnen auf dem üblichen Ausbildungswege nicht ausreicht, wird die Frauenarbeitszentrale geeignete Frauen aus anderen Berufen gewinnen und in abgekürztem Bildungsgang für ihre neuen Aufgaben vorbereiten lassen.

5. Zur Erfüllung der vorgesehenen sozialen Fürsorge werden die Frauenarbeitszentrale bzw. die Frauenarbeitshauptstellen und -nebenstellen mit sämtlichen angeschlossenen Organisationen dauernd in Verbindung stehen, sie zum Ausbau ihrer vorhandenen Einrichtungen und zu enger Zusammenarbeit auch mit den zuständigen Behörden anregen, sowie mit ihnen gemeinsam für die Gewinnung und Heranbildung der benötigten sachkundigen Hilfskräfte Sorge tragen.

Die Aufgaben, die hier gestellt sind, fallen zu einem großen Teile auch in das Arbeitsgebiet staatlicher und städtischer Behörden, mit denen selbstverständlich in engster Fühlung gearbeitet werden soll. Es soll auch in dieser Beziehung besonders betont werden, daß auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge bisher schon bestehende Einrichtungen in keiner Weise in ihrer selbständigen Entfaltung gehemmt werden sollen. Es sollen nur in der Frauenarbeitszentrale und den Frauenarbeitshauptstellen Kristallisationspunkte geschaffen werden, um durch ein organisches Zusammenwirken aller mit einem Mindestmaß von

Aufwand den größtmöglichen Erfolg im einzelnen zu erzielen, und dadurch die vereinten Kräfte für die vielartigen neuen Aufgaben in vermehrtem Maße zur Verfügung zu stellen. Es soll dabei kein falscher Eifer entfacht, keine Hoffnung erweckt werden, die Unzufriedenheit und Unruhe hervorrufen könnte.

Die soziale Fürsorge für die arbeitenden Frauen und deren Familien kann, soweit das Kriegsamt in Frage kommt, nur von dem Gesichtspunkt betrieben werden, daß sie als Mittel zum Zweck dient, und in allem, was zu geschehen hat, muß der Zweck an oberster Stelle stehen: nämlich die größtmögliche Erzeugung von Kriegsbedarf aller Art.

Von der sozialen Fürsorge in Belgien.

Auf Befehl und unter der fortgesetzten persönlichen Leitung des Generalgouverneurs, Generalobersten Dr. Freiherrn von Bissing, ist während des Krieges in Belgien eine Organisation für soziale Fürsorge geschaffen worden, welche die Pflichten gegen Heer und Heimat mit denen gegenüber der einheimischen Bevölkerung, wie sie völkerrechtlich festgelegt sind, verbindet.

Die Organisation stützt sich auf die Bestimmungen der Haager Konferenz, der Genfer Konvention vom Roten Kreuz und die Erfahrungen der Deutschen Wohlfahrtspflege. Ihre Aufgabe ist, in den einheimischen Familien Notständen vorzubeugen, damit aus ihren Folgen dem Heeresinteresse kein Schaden erwachse.

An der Spitze der Organisation steht die „Centrale für soziale Fürsorge“ Brüssel, Galilei-Laan 14. In der Provinzialinstanz haben die Präsidenten der Zivilverwaltung als Provinzialkommissare die Leitung in Händen.

Als ausführende Organe dienen die Kreis-Fürsorgestellen. Sie unterstehen dem Kreiskommissar. Den ärztlichen Dienst versehen vom Armeearzt kommandierte Ärzte, den Fürsorgedienst besoldete, technisch vorgebildete Fürsorgeschwestern und unentgeltlich arbeitende Frauen aus der Deutschen Wohlfahrtspflege, die sich in großer Zahl zu diesem freiwilligen vaterländischen Hilfsdienst melden. Zu ihrer speziellen Ausbildung finden von Zeit zu Zeit bei der Centrale in Brüssel soziale Frauenkurse statt. Kriegswitwen werden bei der Anstellung bevorzugt.

Jede normale Fürsorgestelle vereinigt in dem „Fürsorgehaus“ Bureau, Warteraum, ärztliches Sprechzimmer, Kinderhort, Arbeitsnachweis, Ausgabestelle für Heimarbeit, Volksküche, Konsumanstalt und Wohnungen für die Angehörigen des Frauendienstes.

Der Frauendienst sieht die Verwendung von Vorstandsdamen, Aufsichtsdamen, Fürsorgeschwestern und Helferinnen vor. Vorstands- und Aufsichtsdamen arbeiten unentgeltlich; Fürsorgeschwestern erhalten ein Tagegeld von 14 Frank, Helferinnen freie Wohnung und Verpflegung.

Bei jedem bekannt werdenden Notstandsfall verschaffen sich die Fürsorgeschwestern durch Hausbesuche Einblick in die Ursachen sowie in die Wirkung der angeordneten Fürsorgemaßnahmen.

Die Feststellungen und Auskünfte werden in einem Personalbogen niedergelegt, der beim Schriftwechsel mit den Gemeindebehörden und sonstigen mitwirkenden Stellen für die Beurteilung die Unterlage bildet.

Die Fürsorgearbeit verlangt in der Hauptsache Arbeitsbeschaffung und Entlastung der erwerbs-

tätigen Eltern von der Sorge um Kinder und Kranke. Dementsprechend wird zunächst versucht, durch Heimarbeit oder Fabrikbeschäftigung zu helfen. Dazu tritt die Entlastung durch die Kinder- und Krankenfürsorge, nach Bedarf durch die Volkstüche und die Konsumanstalt. Für Massenspeisungen ist Vorsorge getroffen.

Die Leistungen der sozialen Fürsorge werden durch die Folgen der Blockade, insbesondere durch den Mangel an Rohstoffen, beeinträchtigt. Immerhin sind sie augenfällig, sowohl was Linderung und Vorbeugung von Notständen in der belgischen Bevölkerung, als auch was die Wahrung des Heeresinteresses betrifft.

Durch Heimarbeit haben die Fürsorgestellten über eine Million Paar Strümpfe anfertigen lassen. In eigenen Fabriken hat die Centrale die Verarbeitung von Geweben durch Näharbeiten usw. im großen Stile organisiert. Die Anzahl der gefertigten Stücke aller Art beträgt hier mehr als 60 Millionen. Die meisten Fürsorgestellten unterhalten Waschanstalten mit Handwäscherei und beschäftigen zahlreiche Arbeiterinnen mit Waschen, Nähen und Kliden. Die Zigarrenfabriken liefern Millionen von Zigarren.

Die Obst- und Beeren Sammlung sowie die Anfertigung von Marmeladen in großem Umfange hat vielen Frauen und Kindern aus den betrauten Familien lohnende Beschäftigung gebracht.

Auf diese Weise ist es gelungen, laufend 20 000 Familien vor Not zu schützen, und Arbeit und Lohn unter die Leute zu bringen. Dabei ist hervorzuheben, daß jede Arbeit von den Belgiern freiwillig angeboten und geleistet wird. Die Akten der Fürsorgestellten weisen auch in dieser Hinsicht ein umfangreiches dokumentarisches Material nach.

Statistisch ist nachgewiesen, daß der Gesundheitszustand im besetzten Lande nie so gut gewesen ist, wie in den beiden Kriegsjahren 1915/16. Die Fürsorgestellten mit ihren Ärzten und ihrem Frauendienst haben daran einen wesentlichen Anteil. Die ärztlichen Beratungsstellen unterstützen im Zusammenwirken mit den regelmäßigen Hausbesuchen der Fürsorgeschwestern die im Interesse des Heeres wie der Zivilbevölkerung liegende Krankheitsverhütung, insbesondere die wichtige frühzeitige Anzeige ansteckender Fälle.

Die große Rolle, welche der Frauendienst bei der Gesamtorganisation der sozialen Fürsorge spielt, verlangt eine stetig sich steigende Erziehungsarbeit. Spezialbildung und Spezialerziehung der mitwirkenden Frauen sind Vorbedingung für den sachlichen Erfolg der Organisation, wie für die persönliche Eignung und Leistung der einzelnen Mitarbeiterin.

Das gegenwärtig aus der Praxis für die Praxis geschaffene System der Centrale mit ihren 30 Kreisfürsorgestellten stellt einen außerordentlichen Lehr- und Lernapparat dar, die beste Grundlage für eine Wohlfahrtschule.

Die zweckmäßigste Organisation der Lebensmittelversorgung.

Zu der Nachschrift der Redaktion des „Correspondenzblattes“ zu meinem gleichlautenden Aufsatz in Nr. 7 seien mir folgende Bemerkungen gestattet.

Die Stadt Neukölln will die Centralisation in der Lebensmittelversorgung nicht ausschalten, sondern sie fordert sie sogar in ihrer angeführten Eingabe, indem es darin heißt:

„Die Bedarfsgemeinden haben die Pflicht, den Bedarf an einzelnen Lebensmitteln bei dem Kriegs-ernährungsamt nach einem einheitlichen Maßstab je Kopf der Bevölkerung anzumelden und dieses verteilt nach stattgehabter Prüfung die einzelnen Lieferungsorderungen auf die Ueberwachungskreise.“

Dadurch soll ein Wettrennen der Gemeinden um die leistungsfähigsten Lieferungsverbände und der Freistreiberei durch die zahlungsfähigsten zunungunsten der ärmeren Gemeinden vorgebeugt werden. Einer Verwirrung könnte gleichfalls leicht dadurch begegnet werden, indem in Lieferungskreisen für mehrere Bedarfsgemeinden diese in einer einheitlichen Ueberwachungskommission vertreten und gemeinsam die Interessen der Verbraucher zu wahren hätten.

Ich stimme der Redaktion des „Correspondenzblattes“ durchaus darin bei, daß besonders auf die Erzeugung, d. h. schon vom Anbau der Früchte an, die zentrale Regelung den maßgebendsten Einfluß besitzen muß. Wenn die vom Kriegsamt errichteten Provinzial- und Kriegswirtschaftsämter diesem Zwecke am besten entsprechen sollten, so wäre ja diese Seite der Aufgabe der Lebensmittelversorgung gelöst. Aber sie würden damit, meines Erachtens, den Vorschlag Neuköllns nicht überflüssig machen, denn ein unmittelbares Inverbindungtreten von Erzeugern und Verbrauchern, unter Ausschaltung aller unnötigen Zwischenglieder, ist ja immer von uns angestrebt worden. Und daß die Gemeinden die gegebene umfassendere Organisation für die Verbraucher während der Kriegswirtschaft sind, wird wohl in unseren Kreisen kaum ernstlich angezweifelt werden. Sie werden daher eine um so wichtigere Rolle in der Lebensmittelversorgung spielen, je vollkommener deren zentrale Regelung ausgebildet ist und sich der unbedingt notwendigen Mitarbeit der Gemeinden zu bedienen weiß. Emil Kloth.

Kriegsfürsorge.

Gute Beziehungen zwischen Stadt und Land.

Im deutschen Volke herrscht eine tiefbedauerliche Verständnislosigkeit zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und den städtischen Konsumenten. Während die letzteren der Meinung sind, auf dem Lande herrsche Ueberfluß an Lebensmitteln und die Bauern lebten so gut wie in Friedenszeiten oder gar noch besser, weil sie ihre Waren viel höher verwerthen als sonst, und es sei nur Egoismus und böser Wille der Landwirte, daß so wenig Nahrungsmittel in die Stadt kommen, wird andererseits gar keine Rücksicht darauf genommen, daß die landwirtschaftliche Erzeugung jetzt vor ungeheuerlichen Schwierigkeiten steht, daß sie unter Leutenot und Pferdemanuel leidet, daß es an Dünger fehlt, um das Land zu bestellen, und an Futter, das Vieh satt zu machen. Daß der Landwirt und in noch größerem Maßstabe die Landfrau, deren Mann im Felde steht, heute unter erschwerten Verhältnissen alle Kraft hergeben müssen, um dem Boden abzurufen, was er nur hergeben will, und daß trotzdem ausreichende Ernten nicht erzielt werden, daß den Bauern alle Produktionsfreudigkeit genommen wird, weil sie nicht mehr das freie Verfügungsrecht über ihre Ernten haben, und daß sie unter dem Wust von Verordnungen fast ersticken, daran denkt der Städter nicht, er sieht nur immer ihre gefüllten Speisefammern und vollen Mischkübel.

Das Schimpfen des Städters hat, wie man sieht, seine greifbaren Ursachen, aber mit noch einem schweren Schuldkonto belasten nicht nur die städtischen Mütter, sondern auch das gesamte Vaterland die Landwirtschaft, das ist der seit Monaten permanente Milchmangel in den Städten. Die Säuglinge resp. die stillenden Mütter, die Kleinkinder und die Kranken haben von seiten der Gemeinden auf eine so knappe Milchration gesetzt werden müssen, daß sie zur Ernährung resp. Kräftigung absolut nicht ausreicht, und der ganze übrige Teil der städtischen Bevölkerung geht völlig leer aus bei der Milchverteilung. Und warum nun diese schwere Gefährdung unseres Nachwuchses? Aus Milchmangel? Zum Teil vielleicht, denn das begreift selbst der Städter, daß die Kühe nicht mehr soviel Milch geben, weil ihnen das Krafftutter der Friedenszeiten fehlt; aber soviel können sie gar nicht weniger geben, wie wir weniger bekommen. Beweise sind auch dafür vorhanden. — So berichtet der Landwirtschaftsdirektor Wittkamp: „Im Kreise Heddinghausen sehen 12 700 Milchfühe, die mindestens täglich 40 000 Liter Milch bringen müßten. Die Menge der angelieferten Milch entspricht dem nicht im entferntesten und genügt nicht einmal für die bevorrechtigten Bezüher.“ — Ein süddeutscher Tierarzt, der 500 ländliche Wirtschaften kontrolliert hat, berichtet: „Viehhaltungen mit Beständen bis zu 18 Kühen lieferten nicht einen Liter Milch und auch kein Pfund Milchjett ab, obwohl die Kühe weder hochträchtig sind noch trocken stehen. Die Kälber erhalten Vollmilch bis zur vollen Sättigung, die Schlachtschweine erhalten Getreide und Vollmilch. Die Schmalzrudeln werden wie im Frieden hergestellt. Aller Milchüberschuß dient zur Herstellung von Butterschmalzvorräten.“

Ich will gar nicht die Landwirte im allgemeinen verdammen, denn die hier verzeichneten Fälle von Nahrungsmittelzurückhaltung sind Gesetzesübertretungen so schwerwiegender Art, daß es wirklich eine Beleidigung der gesamten Landwirtschaft wäre, wollte man behaupten, sie machten es alle so. Aber daß sich solche Fälle immer wiederholen, ist doch ein Zeichen dafür, daß einem recht erheblichen Teil der Landbewohner das Verständnis für ihre vaterländische Pflicht, die Ernährung der städtischen Bevölkerung sicherzustellen, noch immer nicht klar geworden ist. Dies erschwert aber bei den Städtern das Erkennen und Verstehen der Sorgen und Mühen der Erzeuger, denn der knurrende Magen ist bekanntlich ein schlechtes Objekt für die fatte Philosophie.

Die Rollen der gegenseitigen Verständnislosigkeit sind zu ungleich verteilt, als daß man die Schuld daran beiden Teilen in gleichem Maße zuweisen dürfte. Der moralische oder gemütblastende Eindruck des Schimpfens und Nichtverstehens des Städters auf den Landwirt wiegt nicht entfernt die Magenleiden auf, die durch das fehlende Verständnis des Landwirts für die Schmerzen des Städters auf diesen ausgeübt werden. Wenn die sehr wünschenswerte Verständigung kommen soll, die uns das Durchhalten sicher erleichtern würde, so muß entschieden ein stärkeres Gewicht auf die Belehrung der Landwirte gelegt werden, weil der Schaden, den diese durch Gedanken- und Verständnislosigkeit anrichten können, viel schwerwiegender, nicht nur für den Städter, sondern auch für das Vaterland ist, als der, den der Städter durch sein fehlendes Verständnis für den Landwirt jemals ausüben kann. Die Industriearbeiterschaft hat sich voll und ganz in den Dienst des Kriegsamt gestellt und garantiert durch

ihre Vertreter die Anfertigung aller zur Verteidigung des Vaterlandes notwendigen Arbeiten; sie muß aber dafür die Gewähr haben, daß auf seiten der Landwirtschaft alles getan wird, um ihre und ihrer Kinder Ernährung sicherzustellen. Sind dafür aber die nötigen Garantien vorhanden? Uns will es nicht so scheinen. Zwar beteuern die Vertreter der Landwirtschaft mit hochtönenden Worten, daß sie „bereit sind zu jedem Opfer, zu jeder Leistung, zu jeder Entbehrung, daß ihnen keine Last zu schwer, kein Opfer zu groß sein wird, um den uns aufgezwungenen Wirtschaftskampf siegreich zu bestehen!“ Aber Tatsachen reden eine bedeutendere Sprache als Worte, und die wiederholte Androhung passiver Resistenz, so lehtin bei den Verhandlungen über den Zuckeranbau und seine Preise, bei dem Widerstand gegen die so notwendige Herabsetzung der Viehpreise, bei der Ablieferung oder vielmehr Nichtablieferung ihrer Produkte an die Sammelstellen usw., ist nicht danach angetan, das Vertrauen in die absolute Pflichterfüllung der Landwirtschaft besonders zu stärken. Da aber doch schließlich neben dem Heer auch die übrige Bevölkerung ernährt und ganz besonders die Munitionsarbeiter-schaft mit den genügenden Nahrungsmitteln versorgt werden muß, so wird es schließlich bei der Belehrung allein nicht bleiben können, und wer nicht belehrt werden will, wird gezwungen werden müssen. Wo die Unbelehrbarkeit einzelner Erzeugergruppen die Ernährungsmöglichkeiten der Industriearbeiterschaft mehr als nötig erschwert, müssen Zwangsmassregeln eingreifen, um zu verhüten, daß die Widerstandskraft des Vaterlandes geschwächt wird. Denn um nichts weniger als dies handelt es sich doch bei der ganzen Ernährungsfrage. Wir müssen verlangen und erwarten, daß von Erzeugerseite aus die von Vaterland und jedem Vaterlandsfreund so sehr gewünschten guten Beziehungen zwischen Stadt und Land angebahnt werden, durch eine den heutigen Verhältnissen entsprechende reichliche Erzeugung und genügender Ablieferung von Nahrungsmitteln an die Städte, damit wird sich die bedauerliche gegenseitige Verständnislosigkeit in den Städten verlieren und unsere Landesverteidigung gestärkt werden. Gertrud Lohahl.

Arbeiterbewegung.

Telegrammwechsel Gompers — Legien.

Der „Avanti“, das Organ der sozialdemokratischen Partei Italiens, berichtet, daß der Präsident der American Federation of Labor, Gompers, an den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien, ein Telegramm gesandt hat mit der Aufforderung, auf die deutsche Regierung dahin einzuwirken, daß durch den U-Bootkrieg nicht eine Erweiterung des Weltkonfliktes herbeigeführt wird. Die Angabe des „Avanti“ ist richtig. In der Nacht vom 8. zum 9. Februar 1917 hat Legien das folgende Telegramm erhalten:

„Legien, Berlin. Können Sie nicht auf die deutsche Regierung einwirken, daß ein Bruch mit den Vereinigten Staaten vermieden und hierdurch ein allgemeiner Konflikt verhindert wird?“

Am 9. Februar ist die folgende Antwort auf das Telegramm an Gompers abgegangen:

„Gompers, New York. Deutsche Arbeiterklasse hat seit Kriegsbeginn für Frieden ge-

Den Landleuten hingegen gehe oft jede Vorstellung darüber ab, unter welchen traurigen Verhältnissen die Städter jetzt leben. Bei manchem herrscht sogar eine gewisse Schadenfreude darüber, daß die „hochmütigen Stadtfräule“ jetzt auch einmal lernen, was hungern heißt. Früher hätten sie immer alles halt umsonst haben wollen, haben den Bauern eigentlich nie die richtigen Preise bezahlt, jetzt wüßten sie erst, wie notwendig der Bauer wäre. — Ja von der eigentlichen Arbeitswelt der Stadt wüßten sie nicht viel, und daß der Städter, besonders der Fabrikarbeiter, jetzt schwere Arbeit bei unzulänglicher Kost leisten müsse, daß die städtische Hausfrau oft gar nicht wisse, womit sie ihren Tisch bestellen soll, daß die städtischen Säuglinge und Kinder den größten Milchmangel litten, während der Bauer mit der Vollmilch sein Kalb, mit der Magermilch sein Schwein mästet, davon geht den Landbewohnern das Verständnis ab, und sie denken auch kaum daran, daß in den Munitionsfabriken die Arbeiter und Arbeiterinnen die Granaten und Geschosse anfertigen, die auch dem Mann, dem Bruder, dem Sohn der Landfrau zur Verteidigung dienen und in der Jetztzeit ebenso, fast noch nötiger sind als Nahrungsmittel.

Es würde um die Versorgung der Bevölkerung besser stehen, wenn bessere Beziehungen zwischen Land und Stadt hergestellt werden könnten, wenn der Landwirt sich in die Lage des Städtlers, dem es an wichtigen Nahrungsmitteln mangelt, hineinversetzen könnte, wenn die Städter das ländliche Erzeugungsgebiet nicht nur als das butter-, fleisch-, milch- und kartoffelgesegnete Paradies betrachten, sondern auch an die enormen Schwierigkeiten denken würden, die bei der landwirtschaftlichen Produktion zu überwinden sind. Das gegenseitige Schimpfen verbittert ungemein und kann nie zu dem ersehnten Ziel ausreichender Ernährung der Bevölkerung führen.

So oder in ähnlichen Variationen läßt Herr von Batocki eine seit Bestehen des Kriegsernährungsamtes stets wiederholte Klage erschallen und sie hat ihre Berechtigung, wie jeder aufmerksame Beobachter zugestehen muß. Daß in der städtischen Bevölkerung furchterlich über die Bauern geschimpft wird, soll nicht geleugnet werden; es ist ja schließlich auch fast das einzige Ventil, durch welches der nicht genügend gesättigte Magen seinem Unmut Ausdruck geben kann; daß der Städter nicht so ohne weiteres all die Hindernisse erfassen kann, die dem Landwirt heute die Produktion erschweren, soll auch zugegeben werden. Es fragt sich nur, ob in diesem Fall dem Landwirt irgendein wirtschaftlicher Schaden zugefügt wird. Das kann doch aber wohl nicht behauptet werden, denn weder das Schimpfen noch die Verständnislosigkeit des Städtlers kann auf die Erzeugung von Nahrungsmitteln irgendwelchen Einfluß ausüben. Es mag dem Bauern, dem Nachrichten dieser Art in seinem Blatt tendenziös aufgefischt werden, unangenehm sein, es kann ihn vielleicht auch verärgern; daß es ihn aber in seiner Produktionsfreudigkeit hemmen sollte, halte ich für eine starke Uebertreibung. Sollte dieser moralische Faktor tatsächlich einwirken, so wird diese Wirkung wohl wieder durch die eminent hohen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgeglichen, und diese müssen doch wohl einen Hauptanreiz auf die Produktionslust ausüben, denn bisher galt stets das System, durch immer wieder erhöhte Preise den Anbau eines bestimmten Produktes zu fördern. Ob dieser finanzielle Anreiz vielleicht ersetzt werden könnte durch freundlicheres Verhalten der städtischen Bevölkerung oder durch deren größeres Verständnis gegenüber der alle Schwierigkeiten über-

windenden Nahrungsmittelerzeugung, dürfte bei dem Landwirt, dessen praktischer, aufs Geldverdienen gerichteter Sinn doch allseitig bekannt ist, recht zweifelhaft sein.

Eine viel tiefgehendere Wirkung übt dagegen die Verständnislosigkeit der Landwirte auf die städtische Bevölkerung aus. Hier äußert sich diese in peinlich fühlbarer Weise durch eine vorher nicht gekannte Einschränkung der täglichen Speiserration, und jeder Mensch in der Stadt, der nicht gerade zu dem Kreis der Frau Meta Kupfer oder deren Geschäftsgenossen gehört, hat hier infolge dieser Verständnislosigkeit Entbehrungen mancherlei Art zu erdulden. Ich möchte gar nicht von der knappen Fleischration reden, die ließe sich ertragen, denn viel mehr, als man heute auf Fleischkarte beziehen kann, haben die Arbeiterfamilien im Frieden auch nicht gegessen. Die knappe Fettration ist für den städtischen Haushalt schon weit schmerzlicher, denn selbst die sparsamste Hausfrau wird die Butter nicht so lang ziehen können, daß sie für sieben Wochentage als Brotaufstrich und zur Speisenzubereitung reicht. Das Schlimmste sind aber die fehlenden Kohlehydrate, denn das Brot ist äußerst knapp und die jetzige Kartoffelkalamität läßt in Verbindung mit den außer Kohlrüben gänzlich fehlenden Gemüsen ein Gefühl des Sattseins überhaupt nicht aufkommen. Und dann melden die Zeitungen, daß in 13 Gemeinden des Kreises Gebweiler allein 10 700 Zentner verheimlichte Kartoffeln gefunden worden sind, daß der Landrat des Kreises Kreuzburg zwei seiner Gemeinden solange von der Verteilung von Zucker und Beleuchtungsmitteln ausschließt, bis sie ihrer Verpflichtung zur Ablieferung der vorgeschriebenen Buttermenge regelmäßig nachkommen, daß bei einem Hühnerbestande von 67 700 Stück im Stadt- und Landkreise Thorn nur 2514 Stück Eier im Dezember an die Sammelstellen abgeliefert worden sind, daß im Kreise Oppeln bei 44 000 Stück Rindvieh in einer Woche ganze 4½ Zentner Butter angeliefert wurden, also je ein Pfund auf 100 Rinder usw. Der aufmerksame Zeitungsleser kann diese Beispiele nach Belieben vermehren.

Ja sollen nun die 10 700 Zentner verheimlichter Kartoffeln den darbedenden Städter vor seinem knappen Mittags- und Abendtisch freundlich stimmen den zurückhaltenden Bauern gegenüber? Oder soll er sich nun sagen: „Dies ist nur ein Einzelfall, in anderen Kreisen kommt so etwas nicht vor! Soviel Gutgläubigkeit kann doch Batocki selbst von dem harmlosesten Städter nicht verlangen, und die Forderung, daß solches Verheimlichen wahrscheinlich gang und gäbe sei und wir vollkommen genug Kartoffeln hätten, wenn sie alle zum Vorschein kämen, ist vielleicht übertrieben, aber doch sehr leicht verständlich, besonders von Leuten, die mit knurrendem Magen ihr Tagewerk verrichten müssen. Die Stimmung des Städtlers wird auch nicht freundlicher, wenn er von Landgemeinden liest, die erst durch drakonische Zwangsmassregeln zur Lieferung von Butter zu bewegen sind, und er stellt sich im Geist vielleicht eine große Reihe von Bratpfannen voll Rührei mit Speck vor, die im Kreise Thorn von der hühnerhaltenden Bevölkerung verzehrt wurden, dieweil schwerverwundeten Soldaten im Lazarett die so notwendigen Eierspeisen vorenthalten werden mußten. Beim Verzehren seines trodenen Frühstücksbrotes wird der Städter auch keine besondere Vorliebe für die Landwirte im Kreise Oppeln empfinden, deren Viehwirtschaft so wenig ertragreich ist (für die Sammelstellen wenigstens!), daß je 100 Kühe nur ein Pfund Butter die ganze Woche liefern.